

**Wir sind nicht intolerant; Gern unterstellen sich die Deutschen
Ausländerfeindlichkeit, wenn es um Flüchtlinge geht. Ein seltsamer,
ungerechtfertigter Selbsthass. Aber es stimmt: Nicht jede Einwanderung
wird als Gewinn empfunden**

Die Welt

Samstag 30. November 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; Leitartikel; S. 3; Ausg. 280

Length: 1065 words

Byline: Gerd Held

Body

Für den Moment ist „Lampedusa“ aus den Schlagzeilen, doch die Wirkung des Gesamtthemas der **Migration** hält an. Sein Einfluss auf die politische Stimmungslage in Europa ist unübersehbar. Wer nur die beschwörenden Appelle für „mehr Offenheit“ hört, muss dabei den Eindruck bekommen, die Bürger seien besonders engherzig geworden. Auch in Deutschland wird vielfach behauptet, in der Mitte der Gesellschaft gewinne eine generelle Ausländerfeindlichkeit an Einfluss. Findet also eine moralische Rückentwicklung statt, die die Deutschen intoleranter werden lässt? Dafür gibt es keinen Anhaltspunkt. Man muss sich nur an seinem Arbeitsplatz oder bei seinen alltäglichen Besorgungen umsehen. Wo es um die polnische Kollegin oder den türkischen Nachbarn geht - um den sichtbaren und greifbaren Mitmenschen also - , findet man einen freundlichen, entspannten und bisweilen humorvollen Umgangston, auch echtes Interesse an Neuigkeiten vom anderen. Ein Ressentiment gegen Ausländer sieht anders aus.

Die deutsche Gesellschaft ist auch wenig geneigt, für Missstände sofort fremde Sitten, Götter oder Gene verantwortlich zu machen. Der Export- und Reiseweltmeister neigt in diesen Dingen inzwischen mehr zur Neugier und zum Vertrauensvorschuss. Dazu kommt eine Veränderung in unserer politischen Verfassung, die für die **Migrationsfrage** sehr bedeutsam ist: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts von 2005 privilegiert nicht mehr die Abstammung. Eine andere ethnische Herkunft ist kein Hindernis mehr, um Deutscher zu werden. Es ist bemerkenswert, wie problemlos diese Änderung hierzulande akzeptiert wurde. Sie gehört nun einfach zum nationalen Konsens.

Und doch gibt es in der Bevölkerung eine zunehmende Skepsis beim Thema Migration. Die Skepsis richtet sich nicht gegen die Menschen, die nach Deutschland kommen wollen. Auch an Mitgefühl für die Notlagen, die zur Migration führen, fehlt es nicht. Viele Bürger sind hilfsbereit, und trotzdem haben sie das Gefühl, dass etwas nicht stimmt. Denn bei der Migration hat sich ein Bereich entwickelt, in dem die Regulation hilflos zu sein scheint und

Wir sind nicht intolerant Gern unterstellen sich die Deutschen Ausländerfeindlichkeit, wenn es um Flüchtlinge geht. Ein seltsamer, ungerechtfertigter Selbsthass....

auch nicht mit Nachdruck daran gearbeitet wird, das zu ändern. Da gibt es die Erfahrung in deutschen Großstädten, dass sich die Zahl der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien sprunghaft erhöht hat und in Stadtteilen konzentriert, die schon als „schwierig“ gelten.

Besondere Sorge macht den Bürgern, dass offenbar keine Behörde verlässliche Informationen über die Existenzweise der Zuwanderer hat. Die Nachbarn sehen verwahrloste Wohnungen und zehnjährige Kinder, die mit einer Blechbüchse zum Betteln eingesetzt werden, ohne dass jemand einschreitet. Dann wurde eine Studie der EU-Kommission bekannt, in der die Tatsache der neuen Armutseinwanderung schlichtweg ignoriert wurde und vollmundig jede Migration zum „Gewinn“ für die Empfängerländer erklärt wurde. Das hat in den betroffenen Städten heftige Empörung ausgelöst, auch bei den gestandenen Sozialpolitikern vor Ort. Es ist diese Art der Problemverleugnung, die aus einzelnen Schwierigkeiten bei der Integration das Bild entstehen lässt, die Migration bewege sich insgesamt in einem außergesetzlichen Sonderbereich. Dazu trägt auch - im Fall der Asylbewerber - die Tatsache bei, dass die Anerkennungsverfahren sehr lange dauern und es dann, bei einem negativen Bescheid, oft zu einer sogenannten Duldung kommt, einen Wartezustand auf Dauer.

Mit Verwunderung hörte die Öffentlichkeit auch von einem „Protestmarsch“ von Würzburg nach Berlin, den Flüchtlinge unternahmen, die nur ein Aufenthaltsrecht in Bayern hatten. Bis heute ist ihr Status nicht geklärt. So entsteht der Eindruck, die Migration sei ein so „sensibles“ Thema, dass man mit demonstrativem Druck etwas erreichen kann, während das rechtsstaatliche Verfahren im Grunde unmenschlich sei.

Das deutsche Grundgesetz gibt in Artikel 11, Absatz 2 dem Staat das Recht, in bestimmten Fällen die Freizügigkeit seiner Bürger einzuschränken. Wie soll ein deutscher Staatsbürger verstehen, dass für ihn zumutbar ist, was für einzelne Migrantengruppen zur Menschenrechtsverletzung erklärt wird? Die Komplex „Migration“ setzt sich aus sehr unterschiedlichen Realitäten zusammen. Da gibt es einen dringenden Bedarf an qualifizierten und hoch qualifizierten Berufstätigen. Um sie wirbt die Wirtschaft, und sie hat dabei das Argument auf ihrer Seite, dass diese Migration zum allgemeinen Wohlstand erheblich beiträgt. Hier gibt es kaum Konflikte.

Dann gibt es unterschiedliche Gruppen, die alle mehr oder weniger an die Hilfsbereitschaft des aufnehmenden Landes appellieren müssen: Flüchtlinge aus Kriegs- und Katastrophengebieten oder Menschen, die als politische Verfolgte Asyl suchen, oder Zuwanderer aus armen Ländern. Jede diese Gruppen hat ihre guten Gründe, und es gereicht einer Nation zur Ehre, wenn sie hier ihre Tür öffnet. Diese humanitäre Kraft ist aber begrenzt, besonders in unserer Epoche, in der es viele Millionen Menschen gibt, die Gründe zur Migration hätten.

Jede Einwanderungspolitik muss deshalb auswählen, mit rechtsstaatlichen Verfahren, die dafür sorgen, dass die dringlichsten Fälle zum Zuge kommen und nicht das Recht der Stärkeren gilt. Sie braucht gesonderte Türen für Flüchtlinge, für Asylbewerber und auch für Armutseinwanderer - mit jeweils eigenen Regelungen. Das macht die Migrationspolitik unübersichtlich. Doch es ist nicht diese Unübersichtlichkeit, die die Menschen gegenwärtig skeptisch macht. Für sie ist die Einwanderung unübersichtlich geworden, weil sie keine klaren und durchsetzbaren Regelungen von Rechten und Pflichten sehen, sondern eine wachsende Grauzone. So sehen sie ihre ursprüngliche Hilfsbereitschaft missbraucht und entwertet. Dies Gefühl verstärkt sich, weil die offizielle Rede über die Migration immer nur ein „Mehr“ kennt und es nie ein „Genug“ gibt. Die Bürger sollen sich aufgeschlossen zeigen und gleichzeitig akzeptieren, dass bei der Migration die Not so groß ist, dass sie jede gesetzliche Regelung außer Kraft setzt. Das hält auch die größte Mitmenschlichkeit nicht aus.

Wo das rechtsstaatliche Element der Begrenzung und Kontrolle fehlt, werden die Menschen auf die Dauer engherziger, als es notwendig wäre. Die Gegenprobe ist möglich: Wenn es klare und durchgesetzte Regeln gibt, wird auch die Bereitschaft wieder wachsen, die eigene Tür etwas weiter zu öffnen.

Die offizielle Rede über die Migration kennt immer nur ein „Mehr“ und nie ein „Genug“

Wir sind nicht intolerant Gern unterstellen sich die Deutschen Ausländerfeindlichkeit, wenn es um Flüchtlinge geht. Ein seltsamer, ungerechtfertigter Selbsthass....

End of Document

Ausland Kompakt II; Ukraine: Timoschenko hat Angst, vergiftet zu werden
++ Flüchtlinge: Syrer weiter größte Gruppe der Asylbewerber

Die Welt

Samstag 15. September 2012

Copyright 2012 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; Kompakt; S. 7; Ausg. 217

Length: 287 words

Body

Ukraine

Timoschenko hat Angst, vergiftet zu werden

Die inhaftierte ukrainische Oppositionsführerin Julia Timoschenko (51) hat nach eigenen Angaben Angst, dass sie mit radioaktivem Gift getötet werden könnte. Deshalb protestierte die Ex-Regierungschefin jetzt dagegen, dass Aufseher bei einer Durchsuchung ihre beiden Geigerzähler beschlagnahmten, wie Medien berichteten. Die Gefängnisleitung veröffentlichte ein Foto von dem in einem Buch versteckten Strahlenmessgerät. Timoschenkos Anwalt Sergej Wlassenko sagte, die Leitung habe davon gewusst. Die Politikerin war im Oktober 2011 wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. In der Klinik in Charkow ist sie wegen eines Bandscheibenvorfalles.

Flüchtlinge

Syrer weiter größte Gruppe der Asylbewerber

Immer mehr Syrer beantragen wegen des Bürgerkriegs in ihrer Heimat Asyl in Deutschland. Wie das Bundesinnenministerium in Berlin mitteilte, wurden im August 680 Asylanträge von Syrern gezählt. Im Juli waren es 608 Anträge, im Juni 388. Syrer stellten damit vor Antragstellern aus Mazedonien (620) und Afghanistan (609) die größte Gruppe der Asylbewerber. Insgesamt stellten im August 5239 Menschen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Asylanträge. Das waren 16,5 Prozent mehr als im Vormonat und 30,1 Prozent mehr als im August 2011. 789 Asylbewerber wurden im August als Flüchtlinge nach der Genfer Konvention anerkannt.

Von Januar bis August haben den Angaben zufolge 33.284 Menschen Asyl in Deutschland beantragt, das waren 17,7 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die größten Gruppen unter ihnen waren Flüchtlinge aus Afghanistan (4781), dem Irak (3517) und Syrien (2963). 6162 Antragsteller wurden in diesem Jahr bisher als Flüchtlinge anerkannt.

Ausland Kompakt II Ukraine : Timoschenko hat Angst, vergiftet zu werden ++ Flüchtlinge: Syrer weiter größte Gruppe der Asylbewerber

Load-Date: January 12, 2013

End of Document

Falsche Humanisten; Rund um das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa hört man die abwegigsten Forderungen, was die EU zu tun hätte. Der Maßnahmenkatalog muss vielschichtig sein

Die Welt

Donnerstag 10. Oktober 2013

Copyright 2013 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: FORUM; Essay; S. 2; Ausg. 236

Length: 1030 words

Body

Wie wollen Deutschland und die anderen 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union künftig mit Zuwanderern aus dem Gebiet der EU, aber auch mit **Flüchtlings** und **Asylsuchenden** aus Drittstaaten umgehen? Das ist eine fundamentale Frage für freie Gesellschaften. Sie berührt zugleich auch die Grundpfeiler der Union. Diese Woche berieten die EU-Innenminister, mit der Tragödie von Lampedusa im Bewusstsein, darüber. Der Rauch der Debatte hat sich mittlerweile gelegt, klar ist nun: Selbst nach dem Bootsunglück vor Lampedusa mit mehr als 300 Toten in Sichtweite der italienischen Küste wird in der europäischen **Flüchtlingspolitik** in absehbarer Zukunft alles so bleiben, wie es ist. Trotz neuer Initiativen, wie einer geplanten Verstärkung der zuvor finanziell geschwächten Grenzschutzbehörde Frontex, passiert im Kern gar nichts. Das nächste Unglück ist lediglich eine Frage der Zeit und des Wetters. Ebenso wie bei der **Flüchtlingspolitik** wird es auch bei der sogenannten Armutseinwanderung, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, keine Veränderung geben - deutsche Städte wie Duisburg, Mannheim, München oder Berlin können nicht mit Entlastung rechnen.

War die Aufregung der vergangenen Tage nur politischer Budenzauber? Waren die gegenseitigen Vorwürfe und Aufrechnereien beim Ministertreffen letztlich nur Teil einer großen Inszenierung? Nein. Alles bleibt so, wie es war, weil es schwer ist, eine eindeutig bessere Lösung zu benennen - und sie dann auch noch in einem komplizierten Geflecht aus divergierenden Interessen durchzusetzen. Das gilt vor allem für die **Flüchtlingspolitik** der Europäer.

Salon-Humanisten werfen der Europäischen Union gerne Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen vor, sie reden von einer „Festung Europa 2.0“. Die Empörung der Gerechten hat nach der Tragödie von Lampedusa wieder besonders Konjunktur. Sie ist aber einseitig. Denn es ist nicht nur ein genuines Recht von Staaten, Grenzen zu sichern, sondern auch eine Pflicht gegenüber den eigenen Bürgern. Wenn ein Staat darüber zu entscheiden hat, wie durchlässig er seine Grenzen gestaltet, dann muss er dabei nicht nur das große Leid der Flüchtlinge bedenken, sondern auch, wie viel Zuwanderung die eigene Gesellschaft aushält. Diese Abwägung ist extrem schwierig, sie muss immer wieder angepasst werden, denn keine Gesellschaft ist statisch. Das zeigt das Beispiel Griechenland: Das Land kann wegen der wirtschaftlichen Depression heute nicht mehr so viele Flüchtlinge verkraften wie noch vor zehn Jahren. Aus den Wärmestuben der Gerechten schallt es stetig: Wir haben die moralische Pflicht, den

Falsche Humanisten Rund um das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa hört man die abwegigsten Forderungen, was die EU zu tun hätte. Der Maßnahmenkatalog muss vielschichtig....

Ärmsten zu helfen. Das ist richtig, aber dieser Satz kann nur eingeschränkt gelten: Wir haben die moralische Pflicht, den Ärmsten zu helfen, solange es geht. Eine liberalere Einwanderungspolitik würde nicht nur die europäischen Gesellschaften überfordern, sondern auch falsche Anreize setzen, immer mehr Zuzug generieren und die Heimatländer der Flüchtlinge schlimmstenfalls ausbluten lassen.

Auf der anderen Seite haben Menschen aus Ländern wie Eritrea, der Zentralafrikanischen Republik oder Syrien das Recht, ihrem Elend zu entfliehen. Sie sind teilweise seit Jahren auf der Flucht, sie riskieren ihr Leben und das Leben ihrer Kinder. Die Europäer haben nicht das Recht, diese Menschen als reine „Wirtschaftsflüchtlinge“ abzutun. Sie haben die Pflicht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu helfen. Kann Europa mehr tun? Ja. Dabei ist die verstärkte Bekämpfung von Schleusertum aber keine gute Idee, denn das ändert gar nichts.

Europa muss - nicht nur aus Nächstenliebe, sondern aus kalkulierte ökonomischen Eigennutz - mehr Geld in die Hand nehmen als bisher, um den Flüchtlingen und deren Heimatländern zu helfen. Was ist zu tun? Erstens: Der gemeinsame europäische „Flüchtlingsfonds“ muss erheblich aufgestockt und flexibler werden. Zweitens: Die Europäer sollten bereit sein, mehr Geld in die Herkunftsländer der Flüchtlinge zu investieren. Drittens: Länder wie Malta, die im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mit besonders vielen Asylbewerbern zu kämpfen haben, sollten mehr Unterstützung aus der EU bekommen. Viertens: Die Lastenverteilung muss gerechter werden, ein europäischer Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge ist notwendig. Für Deutschland würde das kaum etwas ändern, aber einige Länder wie Polen müssten dann mehr Flüchtlinge aufnehmen. Fünftens: Mehr legale Mobilität für Migranten sollte in einem gewissen Umfang möglich sein, beispielsweise durch Visaerleichterungen - allerdings auf der Basis klar definierter „Rückübernahmeabkommen“.

Neben der Migration von außerhalb der EU kommen aber auch Zuwanderer aus dem Gebiet der Europäischen Union in die einzelnen EU-Länder. 2012 kamen allein nach Deutschland netto mehr als 400.000 Menschen. Die meisten von ihnen machen von ihrem Recht der Freizügigkeit innerhalb der EU-Grenzen Gebrauch, sie folgen dem Kapital. Das ist aus Sicht der innereuropäischen Migranten rational und gut für beide Seiten, solange die Zuwanderer Arbeit haben. Allerdings gibt es auch eine „Migration in den Sozialstaat“ (Hans-Werner Sinn), vor allem von Bulgaren und Rumänen. Diese Art der Migration kann das Klima vergiften, sie schadet der Freizügigkeit insgesamt. Laut Bundesagentur für Arbeit erhielten im Juni dieses Jahres 32.600 Bulgaren oder Rumänen Kindergeld in Deutschland - ein Anstieg von 44 Prozent innerhalb von zwölf Monaten. Die Zahl der bulgarischen Hartz- IV-Empfänger wiederum stieg in einem Jahr um fast 40 Prozent auf 35.400. Die Zahlen mögen in Relation zu den Gesamtausgaben für Sozialleistungen nicht ins Gewicht fallen - trotzdem wiegen sie schwer, weil nicht selten dahinter auch Missbrauch zu vermuten ist. Das Problem besteht, aber die EU wird es nicht lösen. Berlin sollte jetzt selbst tätig werden: Der eherne Grundsatz, dass Eltern mit Wohnsitz in Deutschland automatisch Anspruch auf Kindergeld haben, sollte revidiert werden. Berlin muss das nur anpacken. Wichtig ist auch, dass sich die deutschen Behörden gegenseitig besser informieren über die Daten von Migranten. Das Problem der sogenannten Armutsmigration ist viel einfacher zu lösen als das Flüchtlingsproblem.

War die Aufregung der vergangenen Tage nur politischer Budenzauber?

Graphic

dpa/Tim Brakemeier

Ein Flüchtling zimmert sich in Berlin ein eigenes Zelt

Tim Brakemeier

Load-Date: October 10, 2013

Falsche Humanisten Rund um das Flüchtlingsdrama vor Lampedusa hört man die abwegigsten Forderungen, was die EU zu tun hätte. Der Maßnahmenkatalog muss vielschich....

End of Document